



# **Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Ausschusses für Frauenfragen**

**am 22.08.2017**

## **Anwesend**

### **- Vorsitz**

Ebling, Michael

### **- Verwaltung**

Appelshäuser, Corinna  
Trojanowski, Martina

### **- Mitglieder**

Egler, Nora  
Flegel, Sabine                      Vertretung für Herrn Schäfer  
Hingst, Waltraud  
Jaensch, Ruth  
Lauzi, Myriam  
Moerchel, Christian Dr.        abwesend ab TOP 3  
Pfeifer, Ann Kristin  
Trautwein, Karin  
Wellstein, Ute  
Zimmer, Christine

### **- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)**

Abada, Marika  
Bub, Kerstin

### **- Vertretung von Verbänden und Institutionen**

Ahrens, Helga  
Ellrich, Christine  
Hilgefort, Gisela Dr.  
Schäfer, Ursula  
Schenke, Heidi  
Strohe, Inge

### **- Schriftführung**

Weickart, Eva

## Entschuldigt fehlen

### - Mitglieder

Schäfer, Herbert

### - Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Henningson, Kristina

Weyer, Christa

### - Vertretung von Verbänden und Institutionen

Hamann, Ursula

Heering, Heidemarie

Hufen, Gabriele

Hungershausen, Regine

Jochmann, Eva

Merkt, Sabrina

Oepen, Helga

Wilwerding, Monika

## Tagessordnung

### a) öffentlich

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 04.04.2017
2. Gewalt an Frauen in der Kriminalstatistik 2015/2016
3. Kneipennotruf "Ist Luisa hier?"
4. 3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland - Zahlen zu Mainz
5. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16.30 Uhr.

Er begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.  
Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## **öffentlich**

### **Punkt 1**            **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 04.04.2017**

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 4. April 2017 einstimmig.

### **Punkt 2**            **Gewalt an Frauen in der Kriminalstatistik 2015/2016** **- Bericht: EKHKin Ines Rose, Polizeipräsidium Mainz**

Die Erste Kriminalhauptkommissarin Ines Rose, Leiterin des Kommissariats 2 – Sexualdelikte / Gewalt gegen Frauen und Kinder, stellt die zuletzt für Mainz erhobenen Zahlen aus dem Bereich Gewalt an Frauen vor und gibt Auskunft darüber, welchen Gewaltdelikten Frauen besonders häufig zum Opfer fallen. Erhoben wurden Zahlen zu Gewalt in engen sozialen Beziehungen (kurz GesB genannt) und zu Sexualstraftaten. Die Präsentation liegt dem Protokoll bei.

Auf Nachfrage erläutert Frau EKHK'in Rose, dass die Delikte nicht nur von den Opfern selbst, sondern auch von Verwandten, Bekannten oder Nachbarn gemeldet werden. Es gebe trotz allem aber eine hohe Dunkelziffer an Straftaten. Bei vielen Gewalt- und Sexualdelikten seien nach Beobachtung der Polizei die Opfer alkoholisiert oder stünden unter Drogen. In Diskotheken herrsche grundsätzlich nicht mehr Gewalt an Frauen als anderswo, es böten sich nur mehr Gelegenheiten. Zur Frage der Anzeigebereitschaft ergänzt Frau Diehl vom Frauennotruf Mainz e.V., dass einer Studie zufolge nur acht Prozent der Sexualdelikte angezeigt würden.

### **Punkt 3**

### **Kneipennotruf "Ist Luisa hier?"** **Stadtratsantrag CDU-Fraktion 0938/2017**

Der Vorsitzende erläutert, dass der zur Stadtratssitzung am 28. Juni 2017 eingebrachte Antrag 0938/2017 der CDU-Fraktion zur weiteren Beratung in den Frauenausschuss überwiesen wurde. Wunschgemäß habe das Frauenbüro Recherchen über das Projekt des Frauennotrufs Münster durchgeführt und ein Diskussionspapier erarbeitet, das den Mitgliedern zusammen mit der Einladung und dem Antragstext zugesandt wurde.

Eingeladen zur Berichterstattung wurde als Urheberin der Kampagne „Ist Luisa hier?“ der Frauennotruf Münster, jedoch ist es den Mitarbeiterinnen nicht möglich, Termine in anderen Städten wahrzunehmen. Angefragt wurde auch Norbert Schön vom Kulturclub schon schön zur Vorstellung der hauseigenen Initiative „Nein heißt Nein“; er ist aber verhindert. Wegen fehlender personeller Kapazität kann sich auch das Frauenbüro der Universität nicht am Projekt beteiligen.

Vom Frauennotruf Mainz e.V. – als direkt betroffener Fachstelle – nehmen Anette Diehl und Vanessa Kuschel teil. Ihre Expertise floss bereits in das Diskussionspapier ein. Auf Bitten des Vorsitzenden nehmen sie ausführlich Stellung zu den Vor- und Nachteilen der Kampagne. So habe sich die Landesarbeitsgemeinschaft der Notrufe RLP bereits mit der Konzeption des Frauennotrufs Münster befasst; ein entsprechendes Positionspapier liegt in einer Entwurfsfassung vor und wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben. Der Frauennotruf spricht sich dafür aus, „Luisa“ nur als einen Baustein einer übergreifenden Kampagne gegen Männergewalt an Frauen zu sehen. Auch lägen noch keinerlei Erfahrungen aus Münster, respektive aus anderen Städten vor, um beurteilen zu können, ob die Kampagne tatsächlich ihren Zweck erreicht.

Für die antragstellende Fraktion begründen Frau Abada und Frau Flegel die Notwendigkeit, den Kneipennotruf auch in Mainz zu etablieren. Dabei solle sich die Kampagne nicht ausschließlich an Frauen richten, sondern auch an Männer, die sich belästigt fühlen. Ebenso sei es nicht sinnvoll, die Aktion auf Klubs und Kneipen zu beschränken. Auch Cafés und Restaurants gehörten dazu. Ebenfalls auf den Mainzer Festen könnten an den Ständen Plakate auf das Codewort „Ist Luisa hier?“ hinweisen.

Frau Egler berichtet aus ihren praktischen Erfahrungen in der Thekenarbeit und zeigt auf, dass die Umsetzung von „Luisa“ aufgrund von örtlichen Gegebenheiten oft schwierig bis unmöglich ist. Man sollte die Frauen so stärken, dass kein „Codewort“ notwendig ist. Zudem plädiert sie dafür, ein eigenes auf Mainz abgestimmtes Konzept zu entwickeln.

Frau Hingst und Frau Lauzi weisen ebenfalls darauf hin, dass „Luisa“ allein nicht ausreiche. Es müssten auch Strategien gegen Täter aufgezeigt werden.

Frau Weickart erläutert, dass die Übernahme der Kampagne vonseiten des Notrufs Münster „Luisa“ an feste und vertraglich zu fixierende Bedingungen geknüpft ist. So sei der Kneipennotruf ausschließlich für Frauen gedacht, eine Ausweitung auf Männer nicht möglich. Verpflichtend sei auch, das häufig wechselnde Thekenpersonal der beteiligten Lokale regelmäßig zu schulen, neben Plakaten weitere Informationsmaterialien auf der Basis der Münsteraner Vorlagen zu erstellen und an die Lokale weiterzugeben. Für Mainz hat das Frauenbüro mehr als 70 relevante Lokale ermittelt, mit denen Kooperationen vereinbart werden müssten. Nicht einzuschätzen sei, wie hoch die Kosten der Übernahme der Kampagne für die Stadt seien, da die

von den Antragstellerinnen genannte Summe von 100 Euro ausschließlich für nicht-staatliche Einrichtungen gelte.

Frau Abada weist nochmals darauf hin, dass es sich um ein bundesweites Projekt handle, das leicht für Mainz adaptiert werden könne. Frau Flegel spricht sich dafür aus, die Aktion gegebenenfalls mit einer anderen Organisation durchzuführen, da der Frauennotruf Bedenken habe.

Frau Zimmer betont die Notwendigkeit eines gemeinsamen „Mainzer“ Weges mit dem Frauennotruf Mainz e.V.

Auch der Frauennotruf selbst als einziger ausgewiesener Fachstelle zum Thema sexualisierte Gewalt sieht als unabdingbar an, an der Entwicklung einer Konzeption beteiligt zu sein.

Nach weiterer Diskussion schlägt der Vorsitzende vor, ein Fachgespräch mit den frauenpolitischen Sprecherinnen, dem Frauennotruf, gegebenenfalls Herrn Schön und EKHK Rose sowie dem Frauenbüro in Form eines Workshops anzuberaumen. Frau Flegel stimmt dem zu, bittet aber auch um Einladung der DEHOGA.

Sodann spricht sich der Ausschuss mehrheitlich für die Durchführung eines Fachgesprächs aus, bevor eine endgültige Entscheidung über die Durchführung einer Kampagne getroffen werden kann.

**Punkt 4**                    **3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland**  
**- Zahlen zu Mainz**  
**- mündlicher Bericht -**  
**Vorlage: 1071/2017**

Aus Zeitgründen wird die Präsentation den Mitgliedern mit dem Protokoll übersandt.

**Punkt 5**                    **Mitteilungen**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass verschiedene Veranstaltungshinweise des Frauenbüros ausliegen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses am 5. Dezember ist als Workshop in Form eines world cafés geplant.

Mit Unterstützung von Barbara Lampe als Moderatorin soll es verabredungsgemäß um die Frage gehen, wie - zur Erfüllung des Gleichstellungsaktionsplanes - das Interesse von Frauen für Kommunalpolitik und für die Übernahme kommunalpolitischer Mandate

gestärkt, bzw. geweckt werden kann.

Im Workshop soll an drei Tischen diskutiert werden, welche Rollen die Parteien, die Frauenorganisationen und das Frauenbüro dabei haben oder einnehmen sollten – besonders im Hinblick darauf, dass die Kommunalwahl 2019 genau 100 Jahre nach der ersten Kommunalwahl stattfindet, an der Frauen in Mainz teilnehmen konnten.

Dem Ausschuss wurde auf der Sitzung am 4. April die weitere Unterrichtung über die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes zugesagt.

Mittlerweile ist zwar die Ressortzuständigkeit auf Landesebene geklärt, aber die entsprechende Rechtsverordnung, die regeln soll, welche kommunalen Stellen welche Aufgaben übernehmen müssen, liegt immer noch nicht vor und ist nunmehr für den Herbst angekündigt.

Somit ist zum jetzigen Zeitpunkt immer noch unklar, welche Aufgaben auf die Stadtverwaltung zukommen und welche beispielsweise beim Gesundheitsamt angesiedelt sein werden.

Die Ressortzuständigkeit auf Landesebene liegt bei der Frauenabteilung des Ministeriums für Familie, Frauen, Integration, Jugend und Verbraucherschutz. Mittlerweile freigeschaltet wurden auf der Internetseite des Ministeriums allgemeine Informationen zum Prostituiertenschutzgesetz.

Sobald nähere Informationen zur Rechtsverordnung vorliegen, wird der Ausschuss unterrichtet.

**Ende der Sitzung: 18:10 Uhr**

.....  
**Vorsitz**

.....  
**Schriftführung**